



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/XI/235 - 20. Dezember 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470

Fernsprecher 21821-33

Fernschreiber 0886890

Einweisung
auf den Inhalt:

Zum Jahresbericht der Bundesregierung	S. 1
Österreich an der Schwelle des neuen Jahres	S. 2
Skandinavische Erwartungen	S. 4
Bankows Schwindel mit der Ungarn-Spende	S. 6

Bestätigte Politik ?

sp. Die weltweite Diskussion über Möglichkeiten und Chancen, sei es durch schufenweise Abrüstung, durch eine Erhöhung der Autorität der UNO, durch ein vorsichtiges Abrücken von der Pakt-manie, durch neue Überlegungen und Überprüfungen bisheriger Rechtspositionen der Welt die Segnungen eines dauerhaften Friedens im Atomzeitalter zu bringen, finden leider keinen Niederschlag in dem von Bundeskanzler gesteuerten Vorwort zum Jahresbericht der Bundesregierung. Für ihn hat die "deutsche Politik" die Probe bestanden: er sieht keine Veranlassung zu einem Kurswechsel, in "tragischer Eindringlichkeit" seien die Erwartungen der Bundesregierung bestätigt worden.

Diese erstaunlichen Feststellungen fallen in eine Zeit, in der sich die internationale Entwicklung in vollem Flusse befindet, sich eine politische Klimaänderung vollzog, die die Positionen von gestern im Lichte von neuen Tatsachen mehr als fragwürdig erscheinen lassen. Der Bundeskanzler jedoch empfiehlt dem deutschen Volk das Weiterschreiben auf dem bisherigen Weg. Dies ist ein Weg - und gerade das zu Ende gehende Jahr bewies dies mit erschreckender Eindringlichkeit - der weder zur deutschen Wiedervereinigung führt, noch zu einem freien Europa, das alle europäischen Völker frei von Furcht und Unterdrückung sieht. Die Vorstellung eines wieder-vereinigten, den bestehenden Militärblocken nicht zugeordneten, aber in einem europäischen Sicherheitssystem seinen Platz einnehmenden Deutschlands erfüllt ihn mit Schrecken.

So ist von Bundeskanzler und der von ihm geführten Regierung kein positiver Beitrag für eine Entwicklung zu erwarten, in der es gerade von deutscher Seite mit darauf ankommt, dass sie sich nicht über unsere Köpfe hinweg vollzieht. Männer wie Deuts und Tito stehen in den Vereinigten Staaten als der Zitadelle der Weltdemokratie heute im hohen Ansehen, ihr Rat wird gesucht, eben weil sie neue Ideen haben und nicht mit einer Politik identifiziert werden können, deren Tage begrenzt sind. Den politischen Krisen, die - heute noch - die Bonner Szene dominieren, fehlt der Wille zur Elastizität, ihre Befangenheit hindert sie, die um die Bundesrepublik sich verwickelte Welt zu erkennen. Ohne diese Elastizität, ohne die Einsicht für das Wirken neuer an die Oberfläche dringenden Kräfte im Weltmasstab - man denke nur an die überragende, als Faktor des Ausgleichs wirkende Rolle Indiens - müssen die Chancen für die Lösung der deutschen Lebensfrage ungenutzt bleiben. Von dieser Regierung ist leider diese Einsicht nicht zu erwarten. Das macht das Vorwort des Bundeskanzlers schmerzlich deutlich.

Die Neutralität - ein Element der Zuversicht

K. F., Wien

Zum erstenmal seit langer Zeit hat Österreich ein volles Jahr der Freiheit hinter sich, das zugleich auch ein Jahr der wirtschaftlichen Blüte war. Allerdings hat dieses Jahr 1956 für die österreichische Bevölkerung bange Sorgen und schwere Erschütterungen gebracht, die gerade zum Jahreswechsel das Denken und Fühlen nachhaltig beeinflussen.

Da ist zunächst die immer heftiger gewordene innerpolitische Auseinandersetzung, die angesichts der Parlamentswahlen vom 13. Mai in das Bewusstsein auch jenes Teiles der Bevölkerung gedrungen ist, der sich sonst für politische Fragen weniger interessiert. Zudem hat der Wahlausgang selbst keine klare Machtverschiebung, sondern im Grunde genommen nur eine zunehmende Konzentrierung der nichtsozialistischen Wählerschaft auf eine, statt auf zwei Parteien gebracht. Die Österreichische Volkspartei ist zwar stimmen- und mandatsmäßig stärker geworden, aber nicht auf Kosten der Sozialistischen Partei, die ja selbst auch einen beträchtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte. Dennoch hat sich das Wahlergebnis natürlich auf das tägliche Leben ausgewirkt. Trotz günstiger Konjunktur blieb das Preisniveau weit überhöht und eine ständige weitere Preissteigerung beunruhigte die Bevölkerung sehr. In der Folge davon kam es auch zu schweren Lohnkämpfen und Streikaktionen beziehungsweise zur Androhung solcher Aktionen, so dass die politische Atmosphäre das ganze Jahr hindurch äusserst gespannt war.

Gesunder Selbstbehauptungswille

Zum Jahreswechsel erinnert man sich nur allzu deutlich dieser Vorgänge und schliesst daraus auf das kommende Jahr. So herrscht zumindest das Empfinden vor, dass man sehr auf der Hut sein müsse, um sich im kommenden Jahr weiterhin behaupten zu können. Dieser an sich gesunde Selbstbehauptungswille wird aber leider nicht so sehr als eigene Verpflichtung empfunden, als vielmehr "denen da oben" als Aufgabe gestellt. Man könnte geradezu von einem überwältigenden Vertretensbeweis sprechen, wenn es nicht vielfach bloss pure Bequemlichkeit wäre, Bequemlichkeit auf politischem Gebiet bei einer sonstigen überaus fleissigen und tüchtigen Bevölkerung. Dabei ist es bemerkenswert, dass diese Bevölkerung zum weitaus überwiegenden Teil ihren wirksamsten Schatz und ihre wesentlichste Interessenvertretung in der Sozialistischen Partei erblickt, und zwar auch jene, die sie nicht gewählt haben, ja sogar jene, die sie auch in Zukunft nicht wählen werden, dennoch aber in ihre ein Korrektiv gegenüber den egoistischen Besitzambitionen der Kräfte hinter der Österreichischen Volkspartei erblicken.

Auswirkungen der ungarischen Tragödie

Aus dieser keineswegs neuen Lethargie, die sich nur eine Rückversicherung schafft, hat ein Ereignis die Menschen derart nachhaltig herausgerissen, dass, wenn auch auf anderem Gebiet, förmlich von einer Erweckung politischer Leidenschaften gesprochen werden kann: der ungarische Freiheitskampf und die Flucht von nahezu 150.000 Menschen aus den ungarischen "Arbeiter- und Bauernmächten" in das neutrale und glücklichere Österreich. Die Anteilnahme an dem heldenhaften Aufstand in Ungarn, das Mitgefühl für die leidensgequälten geflüchteten Frauen, Kinder und Greise und die Empörung über das zynische Vorgehen der sowje-

tischen Militärmacht in Ungarn ist fast jedem Österreicher zu einer Herzenssache geworden.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hatte, so zeigt es sich hier, dass gefühlsmässige Erschütterungen politische Leidenschaften unvergleichlich stärker erwecken als die nüchterner, verstandesmässigen Auseinandersetzungen über die Ordnung der eigenen öffentlichen Angelegenheiten. Dabei haben die blutigen Ereignisse im benachbarten Ungarn schwerwiegende Auswirkungen auch auf innerpolitischem Gebiet, dergestalt, dass die an und für sich im Verkümmern begriffene Kommunistische Partei Österreichs damit den moralischen Todesstoss erlitten hat. Man hat sie in Österreich gar nicht gesetzlich verbieten brauchen, sie ist an der Verachtung jedes aufrecht denkenden Österreichers armselig krepirt. Selbst zuverlässige Kommunisten schämen sich ihrer geistigen Verwandtschaft mit den blutbesudelten Mördern eines tapferen, freiheitsliebenden Volkes und suchen nach einer passenden Gelegenheit, den entscheidenden Trennungsstrich zu ziehen.

Verbundenheit mit dem Westen

Die Vorgänge im Nahen Osten sind wohl auch in Österreich aufs schärfste verurteilt worden, sie haben aber die Empfindungen des Volkes lange nicht so nachhaltig beeinflusst wie die sozusagen unmittelbar erlebten Kämpfe in Ungarn. Das moralische Prestige des Westens - einschliesslich der zwar nicht direkt beteiligten, durch eine ungeschickte Aussenpolitik aber mitschuldigen Vereinigten Staaten - hat in Österreich im Zusammenhang mit der Suezkrise eine ausserordentlich schwere Einbusse erlitten, deren Wirkung nur durch die traditionelle Verbundenheit Österreichs mit diesen Ländern - insbesondere auch mit Amerika, das in der grössten Not wirksame Hilfe geleistet hat - gemildert wird. Im übrigen aber hat der Österreicher eine Abneigung gegen eine Verbindung der beiden Kriegshandlungen in Ungarn und in Ägypten, weil sich darin hauptsächlich die kommunistische Ablenkungstaktik erschöpfte. Deshalb sträubt sich der Österreicher, beides "in einem Atomzug zu nennen". Man betrachtet es vielmehr als eine bittere Tragik der Weltgeschichte, dass der anglofranzösische Feldzug in Ägypten die moralische Verurteilung der Sowjetunion im Falle Ungarns beeinträchtigt hat.

"Kriegsfurcht - aus dem Sprachschatz gestrichen"

Trotz der schweren und in Ungarn noch gar nicht beendeten kriegerischen Auseinandersetzungen gibt es in Österreich keine Kriegsfurcht. Auf meine diesbezügliche Frage antwortet mir ein Wiener: "Das Wort Kriegsfurcht haben wir aus unserem Sprachschatz gestrichen!" Nun ist das freilich keine sprachliche, sondern eine weltpolitische Angelegenheit, und hier vertrauen die Österreicher auf das Rüstungsgleichgewicht zwischen den beiden Grossmächten, insbesondere auf den beiderseitigen Besitz an Atomwaffen, ebenso aber ist ihnen die feierlich verkündete und in der Welt bereits anerkannte Neutralität Österreichs ein Element der Zuversicht.

An der Schwelle des neuen Jahres ist sich Österreich der Grösse und Vielfalt der ungelösten Probleme bewusst, doch glaubt man im allgemeinen nicht an den Versuch einer kriegerischen Lösung dieser Probleme, sondern man hofft auf ein erfolgreicherer und fruchtbarereres Zusammenwirken der Völker, auf eine echte Völkerverständigung, zu der Österreich gern seinen Teil beitragen möchte.

Frieden in Freiheit und Wohlstand für alle Völker

R. H., Stockholm

Nordeuropa liegt wie Deutschland an der Bruchstelle zwischen Ost und West. Seine Bevölkerung folgte daher mit gleicher Anteilnahme den erschütternden Ereignissen im Bereiche des Bolschewismus und in der Levante wie die Deutschen. Als Chruschtschow unter der Parole der Entstalinisierung die sowjetische Innen- und Aussenpolitik aus einer jahrzehntelangen Erstarrung löste, als die Regierungschefs der skandinavischen Länder vielbeachtete Freundschaftsbesuche in der Sowjetunion absolvierten und nicht nur für Delegationen, sondern auch für Touristen der Eiserner Vorhang gelüftet wurde, zogen viele daraus Schlussfolgerungen, deren weite eher den eigenen Wünschen als den nackten Tatsachen entsprach.

Undéns Vorschlag: allianzfreie Staaten

Der schwedische Aussenminister Undén - bekannt durch seine vorsichtige, von vielen als sowjetfreundlich ausgelegte Ausgleichspolitik zwischen den grossen Machtblöcken - hatte zweifellos die volle Billigung nicht nur der Schweden, sondern auch der anderen Völker Nordeuropas, als er in der Vereinten Nationen mit aller Deutlichkeit Moskaus Jugarnpolitik nicht nur als unmoralisch anprangerte, sondern auch für die Bolschewiken selbst als unklug bezeichnete und darauf hinwies, dass eine Neutralisierung und Demokratisierung Ungarns und die Schaffung eines Gürtels allianzfreier Staaten zwischen Ost und West sehr wesentlich zur Befriedung der Welt beitragen würde.

Moskaus Anschauungsunterricht verstärkte in allen Staaten Nordeuropas das Sicherheitsbedürfnis. Dänemark, Norwegen und Island suchen ihre Sicherheit im Atlantikpakt. Das allianzfreie Schweden hat seine Bereitschaftsmassnahmen verstärkt. Finnland, das durch einen Nichtangriffspakt mit Moskau gebunden ist, muss auf seine vorsichtige Aussenpolitik bauen.

Dass die skandinavischen Länder sofort grossangelegte und erfolgreiche Hilfsaktionen für das ungarische Volk einleiteten und vielen Tausenden von Flüchtlingen eine Heimstatt und Arbeitsmöglichkeiten boten, ist angesichts der traditionellen Hilfsbereitschaft der nord-europäischen Völker beinahe eine Selbstverständlichkeit.

Kontingente für die UNO-Polizei

Die Nahost-Krise wurde in Nordeuropa etwas differenzierter beurteilt. Die wahren Motive der Französisch-englischen Intervention in Ägypten wurden natürlich durchschaut. Die Intervention wurde als unmoralisch und zudem unzweckmässig verurteilt. Israels Präventivkrieg jedoch wurde in manchen Kreisen, wenn auch nicht gebilligt, so doch aus einer besonderen Zwangslage heraus zu erklären versucht. In allgemeinen wird aber der Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte grundsätzlich abgelehnt und jeder Präventivkrieg als gefährlicher Präjudizfall für andere Konfliktherde verurteilt.

Als die Vereinten Nationen die Einsetzung einer internationalen Polizeitruppe im Konfliktgebiete beschliessen, fand diese Massnahme sofort volle Zustimmung und alle nord-europäischen Länder - mit Ausnahme Islands, das über keine Wehrmacht verfügt - haben in sehr kurzer Zeit beachtenswerte Truppenkontingente für diese erste militärische Forma-

tion der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt.

Gefahr der Inflation zurückgedrängt

Innerpolitisch war 1956 für Dänemark und Norwegen verhältnismäßig ruhig. Der sozialdemokratischen Minderheitsregierung in Dänemark ist es nach Beilegung landumfassender Streiks gelungen, durch eine strenge, wenn auch nicht immer konsequente Geld- und Finanzpolitik die Inflationsgefahr zurückzudrängen und die Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande wesentlich zu verbessern. Norwegens sozialdemokratische Regierung, die sich auf eine solide Parlamentsmehrheit stützt, hatte in analoger, wenn auch nicht so ausgeprägter Situation ebenfalls gute Erfolge aufzuweisen. In Schweden haben die beiden Partner der Regierungskoalition bei den Wahlen für die Zweite Kammer des Reichstages eine unerwartete Niederlage erlitten; die Regierungsmehrheit ist jedoch gesichert geblieben und die beiden Parteien haben sich nach langwierigen Verhandlungen trotz vieler gegensätzlicher Auffassungen auf ein neues Koalitionsprogramm einigen können.

Finnland erlebte zu Beginn des Jahres eine heftige Präsidentschaftswahl, welche den Führer der Agrarpartei, Dr. Kekkonen, zum Nachfolger des um ein gutnachbarliches Verhältnis zur Sowjetunion und um Finnlands Freiheit sehr verdienten, vor wenigen Tagen verstorbenen ehemaligen Staatspräsidenten J.K. Paasikivi wählte. Die in Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl gebildete neue sozialdemokratisch-agrarische Koalitionsregierung unter Leitung des Sozialdemokraten Karl August Fagerholm hatte knapp nach ihrem Zustandekommen die schwere Last eines Generalstreiks zu tragen. Sie bemüht sich seither um eine Wiederherstellung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichtes und hat vor wenigen Wochen einen Grossteil der staatlichen Subventionen eingebaut. Das Land steht gerade jetzt vor harten Auseinandersetzungen auf dem Arbeitsmarkt.

Gesicherte Vollbeschäftigung

Auf volkswirtschaftlichem Gebiete sind alle nordeuropäischen Länder - mit geringfügigen Varianten - vor die Frage gestellt, wie bei langandauernder Vollbeschäftigung die für den materiellen Fortschritt unentbehrliche Kapitalbildung erfolgen soll, wie die Freiheit des Arbeitsmarktes trotz den Lohnüberbietungen durch die Unternehmen gewahrt und die Kaufkraft der Währung stabil gehalten werden soll. Die verschiedenen Wege und die Abgrenzung der Möglichkeiten werden in einer offenen und gedankenreichen Diskussion erörtert. Jedenfalls zeichnen sich alle nordeuropäischen Länder durch einen hohen Lebensstandard mit weitgehend nivellierten Einkommen aus, deren Höhe zweifellos einer der wichtigsten Faktoren des technischen Fortschrittes ist. Insbesondere Schweden hat sich auf dem Gebiete der Wirtschaftsnationalisierung von allen Staaten Europas wohl am meisten dem amerikanischen Niveau genähert.

Menschen, deren materielle Probleme so günstig gelöst sind wie in Nordeuropa, wünschen vor allem eines: die Bewahrung des Friedens. Die innige Verbindung Nordeuropas mit der übrigen Welt, vor allem auf dem Gebiete des Warenaustausches, hat aber in weiten Kreisen der Bevölkerung die Erkenntnis gefördert, dass die Menschheit ein unteilbares Ganzes bildet und dass die Freiheit und der Wohlstand in einem Lande dauernd nur dann gesichert ist, wenn auch die anderen Völker Freiheit und Wohlstand genießen. Der Wunsch nach Frieden verbindet sich demnach mit einem wachsenden Empfinden für internationale Solidarität.

Ohne Widerhall in der Bevölkerung

OS. Selten hat das Pankower Regime so hoffnungslos gegen den Unmut der Bevölkerung kämpfen müssen wie mit seiner "Solidaritätsspende für Ungarn" - selten war die Blamage so gross. Kurz: die angeblich geschmolzenen "Riesensummen" standen allein auf dem Propagandapapier der Zeitungen und Rundfunksender; die Mitteldeutschen haben die Aktion weitgehend boykottiert, weil sie - bei all ihrer heissen Sympathie für die Freiheitskämpfer - damit rechnen müssen, dass ihre Spenden nicht den Opfern der Revolution, sondern den Unterdrückern zugute kommen.

Dass man ausgerechnet den Pankower Stachanowzen Hennecke zum Vorsitzenden für den "Hilfesausschuss" machte, den Mann also, der wie kein zweiter als Anführer der Antreiberpolitik bekannt ist, zeugt von der Instinktlosigkeit der Spenden-Manager. Als endlich am 2. Dezember die Pankower Hofpresse die Abfahrt des ersten Hilfszuges nach Ungarn meldete, war lange klar: die Aktion stand und fiel mit einem tiefen Griff in die Staatskasse. Die Belegschaften ganzer Grossbetriebe hatten Spenden rundweg abgelehnt oder mit peinlichen Pfennigbeträgen ihre Meinung überdeutlich zum Ausdruck gebracht.

Selbstredend haben Presse und Rundfunk ihre Auflage hundertfünzigprozentig erfüllt, aus der Spendensamme einen "begeisterten Erfolg" zu machen. Man nannte stundenlang Namen und Adressen der Spender - schliesslich wollte man "konkret" überzeugen. Aber weil das "Soll" so nicht zu erfüllen war, erfand man bedenkenlos so manchen Spender. Auf den Redaktionstischen häuften sich die Leser- und Hörerbriefe, in denen schlicht mitgeteilt wurde, dieser oder jener existiere gar nicht "... in unserem Hause", dieser und jener sei seit Jahren gestorben. Nun, man war nicht sehr wählerisch in der Methode des Bluffs.

In Kombinat "Otto Grotewohl" in Böhlen verfielen die SED-Funktionäre auf den Trick, eine "freiwillige" Überproduktion von 1000 Tonnen Briketts anzumelden, weil die Arbeiter nicht zu Geldpenden zu bewegen waren. Zwar hatten die Arbeiter nach einigen Zögern dem Übersoll zugestimmt - aber nur unter der Bedingung, dass auch der mitteldeutschen Bevölkerung eine gleich hohe Brikettsmenge ausserplanmässig zur Verfügung gestellt wird. Die Betriebsleitung musste nachgeben, nachdem es zu Tumulten gekommen war, weil diese Bedingung schlicht und schlecht ignoriert worden war. Überall in der Zone, von VEB bis zum auf dem Aussterbe-Fiat stehenden Privatbetrieb, hagelte es Proteste, gab es passive Resistenz. Zahllose Listen, die den Belegschaften mit bereits gezeichneten hohen Spendenbeträgen der Spitzenfunktionäre vorgelegt worden waren, blieben entweder leer oder wieser sonstige Reine von 50-Pfennig-Beträgen auf.

Die Garnitur der Funktionäre, der strammen Parteidogmatiker und der Naïven ausgezogenen, wollte die grosse Mehrheit der mitteldeutschen Bevölkerung nichts wissen von der Blutauffrischung des Kadarsystems. Dass die Spendenaktion des ultrichtscher Satellitenstaates nur ein eben das und nichts anderes darstellen konnte - darüber gab es kaum einen Zweifel.

+ + +

20. 12. 1956

In der gestrigen Veröffentlichung: Wehrpflicht und Wahlkampf - eine persönliche Bemerkung - unterblieb durch ein Versehen die Nennung des Verfassernamens, wenn auch der Spiegel Friedrich Stampfer nannte. Um allen Missverständnissen vorzubeugen, bringen wir noch einmal die Antwort Stampfers an den "Rheinischen Merkur" in vollem Wortlaut:

Wehrpflicht und Wahlkampf - eine persönliche Bemerkung

Von Friedrich Stampfer

"Seit geraumer Zeit beobachte ich die journalistischen Kunststücke, die Herr P.W. Wenger im "Rheinischen Merkur" aufführt, mit Kopfschütteln. Ich war daher schon auf einiges gefasst. Aber sein neuestes geht mir doch über die Satschur.

In vielen Artikeln habe ich die Politik Adenauers und der CDU als verhängnisvoll falsch und unvereinbar mit dem Streben nach Wiedervereinigung angegriffen. Ich habe zu Verhandlungen mit dem Osten geraten und die Schaffung einer breiten neutralen Zone mit Gesamtdeutschland als Kernstück vorgeschlagen. Nach alledem dürfte ich erwarten, dass P.W. Wenger, seinen Gepflogenheiten entsprechend, mich als stetsgefährliches Subjekt der Aufmerksamkeit des Bundesinnenministers empfehlen würde. Wer beschreibt mein Erstaunen, da ich mich eines Tages mit Lob überschüttet fand, gerade als ob ich zu den treuesten Gefolgslenten des Bundeskanzlers gehörte.

Wie ich zu dieser unverhofften Ehre gekommen bin? Nun, die "Westfälische Rundschau" hatte einen Artikel von mir gedruckt, in dem ich zwar die Einführung der Wehrpflicht in einem Teil des gespaltenen Deutschland für einen Fehler erklärte, aber auch davon warnte, ihre Wiederabschaffung als unmittelbares Ergebnis der kommenden Wahlen zu erwarten. Nur eine skrupellose Demagogie konnte es fertigbringen, aus diesem Artikel, durch Verdrehungen und Verzerrungen eine Rechtfertigung der CDU-Politik gegenüber der sozialdemokratischen herauszudestillieren.

Herr P.W. Wenger ist so freundlich, meinem Verantwortungsgefühl hohes Lob zu zollen. Ich will ihm gern gestatten, sich ein Stück davon abzuschneiden. Er kann es brauchen."

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau